



Regierungsrat, 9102 Herisau

Staatssekretariat für Bildung, Forschung und  
Innovation SBF  
3003 Bern

**Roger Nobs**  
Ratschreiber  
Tel. 071 353 63 51  
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 18. September 2015

## **Eidg. Anhörung; Verordnung über die Weiterbildung; Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden**

Sehr geehrte Damen und Herren

Die eidgenössischen Räte haben das Weiterbildungsgesetz (WeBiG) 1 am 20. Juni 2014 verabschiedet. Die Referendumsfrist ist am 9. Oktober 2014 unbenutzt abgelaufen. Die Verordnung des Bundesrates über die Weiterbildung liegt nun als Anhörungsentwurf vor.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden begrüsst grundsätzlich, dass der Bund mit dieser Verordnung die rechtliche Grundlage schafft, damit gesamtschweizerisch tätige Organisationen der Weiterbildung sowie die Förderung der Grundkompetenzen Erwachsener in den Kantonen vom Bund finanziell unterstützt werden können, ohne die Kantone zu zusätzlichen finanziellen Anstrengungen zu verpflichten. Die Zustimmung ist verbunden mit dem Wunsch, dass die nachfolgenden Anliegen berücksichtigt werden.

Die Finanzhilfen des Bundes an die Anstrengungen der Kantone zur Förderung der Grundkompetenzen Erwachsener sollen wie bei der Integrationsförderung von Ausländerinnen und Ausländern im Rahmen von Programmvereinbarungen erfolgen. Der Regierungsrat erachtet es als zielführend, wenn das Instrument der Programmvereinbarung auch für die Förderung der Grundkompetenzen Erwachsener eingesetzt wird. So kann auch die Koordination im Rahmen der interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ) gewährleistet werden.

Für die Umsetzung hat der Regierungsrat folgende Anliegen:

- In Art. 16 Abs. 2 des WeBiG ist festgehalten, dass der Bundesrat Kriterien für die Gewährung von Finanzhilfen an die Kantone festlegt. Diese Kriterien fehlen in der Verordnung. Auch für die Festlegung der strategischen Ziele (WeBiV Art. 8) sind keine Kriterien aufgeführt. Entsprechende Ergänzungen sind in die Verordnung aufzunehmen.
- Die strategischen Ziele (WeBiV, Art. 8) sind unter Einbezug der Kantone zu erarbeiten. So können gesamtschweizerische Ziele und kantonale Zielsetzungen aufeinander abgestimmt werden.



- Zuständigkeiten und Zusammenarbeit auf Bundesebene von Weiterbildungsförderung, Berufsbildung, Integrationsförderung gemäss Ausländergesetz, Arbeitslosenversicherung und Invalidenversicherung sollen klar geregelt werden (WeBiV, Art. 8).
- Die Prozesse zur Programmvereinbarung zwischen Bund und Kantonen und die Berichterstattung sind schlank zu gestalten, damit die kantonalen Ressourcen nicht mit einem unverhältnismässigen administrativen Aufwand strapaziert werden (WeBiV, Art. 10 und 14). Zudem sollen die Möglichkeiten von Leistungsvereinbarungen und Verfügungen voll ausgeschöpft werden (WeBiV, Art. 11 Abs. 2)
- Im Rahmen der Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation 2017–2020 sind angemessene Finanzmittel zu beantragen, damit deutlich mehr Erwachsene mit Lücken in den Grundkompetenzen adäquate Bildungsmöglichkeiten erhalten und die Kantone bei der Informations- und Sensibilisierungsarbeit und Entwicklung neuer Angebote unterstützt werden (WeBiV, Art. 11–13).
- Was die interne Organisation anbelangt sind die Kantone autonom. Der Bund kann den Kantonen keine Vorschriften über den Einbezug beziehungsweise die Mitbeteiligung der Gemeinden machen. Solche waren in einem Arbeitspapier zu den künftigen Grundsätzen der Förderung enthalten, das den Kantonen im Zuge der bisherigen Projektarbeiten vorgelegt wurde. Tatsächlich liegt es aber in der Kompetenz der Kantone, zu entscheiden, in wie weit die Gemeinden einbezogen werden sollen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Roger Nobs, Ratschreiber